



# Uni-Report *aktuell*

12. April 1994

## Präsidentenwahl am 11. Mai 1994

## Befragung der Kandidaten am 27. April 1994

Die achtjährige Amtszeit von Universitätspräsident Prof. Dr. Klaus Ring ist am 4. April 1994 ausgelaufen. Deswegen hat der Konvent im Wintersemester 1993/94 bereits einen ersten, allerdings ergebnislosen Anlauf für die Neuwahl zum Amt des Präsidenten unternommen. Am 24. November 1993 war es in drei Wahlgängen nicht gelungen, sich mit der erforderlichen Mehrheit von 46 Stimmen auf einen Kandidaten zu einigen.

Auf die neuerliche öffentliche Ausschreibung der Stelle sind bis zum Bewerbungsschluß am 11. Februar 1994 insgesamt acht Bewerbungen eingegangen, darunter auch die Bewerbungen der beiden Kandidaten des Wahlgangs im November. Der Konventsvorstand hat bei einer Sichtung der Unterlagen festgestellt, daß einer der Bewerber die im Gesetz (§ 11 Abs. 2 HUG) verlangten Voraussetzungen nicht erfüllt. Die im Gesetz (§ 11 Abs. 1 HUG) vor-

gesehene öffentliche Befragung der Bewerber vor dem Konvent findet unter Beteiligung des Senats am 27. April 1994 ab 14 Uhr im Hörsaal VI statt. Die universitäre Öffentlichkeit ist zu dem Termin ausdrücklich eingeladen. Nachstehend finden Sie eine kurze Personenbeschreibung aller sieben Bewerber.

Voraussichtlich am 4. Mai wird der Senat über einen Wahlvorschlag an den Konvent befinden, der vor der Wahl mit dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst zu erörtern ist. Die Wahl durch den Konvent ist für Mittwoch, den 11. Mai 1994 vorgesehen. Die Amtszeit des neuen Präsidenten wird - dem novellierten Universitätsgesetz entsprechend - sechs Jahre betragen (bisher waren es acht).

## Vorstellung und Statements der Kandidaten

### Prof. Dr. Hartmut Fueß

wurde am 9. 6. 1941 in Wiesbaden geboren. Nach Studium der Chemie und Physik an der TH Darmstadt und der Universität Grenoble erwarb er sowohl für Physik (Grenoble 1964) als auch für Chemie (Darmstadt 1965) das Diplom. Er promovierte 1968 am Darmstädter Institut für Strukturfor- schung zum Dr.-Ingenieur. Nach Tätigkeiten am Institut Laue-Langevin, Grenoble, und der Universität Oxford wurde er 1975 auf eine C3-Professur für Mineralogie und Kristallographie der Universität Frankfurt berufen. 1989 folgte er einem Ruf auf die C4-Professur für Strukturfor- schung an der TH Darmstadt. Seine Forschungsprojekte über Struktur und Eigenschaften von Materialien sind durch rege Ko- operation mit zahlreichen Arbeits- gruppen des In- und Auslandes geprägt; dies schließt auch Ko- operationen mit verschiedenen in- dustriellen Forschungslabors ein. Humboldt-Stipendiaten aus aller Welt waren in seiner Arbeitsgrup- pe zu Gast. Professor Fueß betei- ligt sich seit vielen Jahren rege an den Selbstverwaltungsaufgaben seiner jeweiligen Hochschule. Unter anderem war er Mitglied im Konvent, Konventsvorstand, Senat und Ständigem Ausschuß der JWGU, 1980-1981 Dekan des Frankfurter Fachbereichs 17, 1990-1993 war er Dekan des neugegründeten Fachbereichs Materialwissenschaft an der TH Darmstadt. Er ist Mitglied der Struktur- und Berufungskommission der FSU Jena und der TU Dresden. Darüber hinaus ist er in zahlreichen nationalen und internationalen wissenschaftlichen Gremien aktiv und betätigt sich als Koordinator verschiedener größerer Forschungsvorhaben. Die Universität als Stätte lebendi- ger, geistiger Auseinandersetzung, qualifizierter Ausbildung und zu- kunftsweisender Forschung ist ein kompliziertes Gebilde widerstrei- tender Interessen. Aufgabe des Präsidenten ist es, durch seine Präsenz in ständigem Dialog mit den Fachbereichen, den Studie- renden und der Universitätsver-

waltung einen Ausgleich herbei- zuführen, der optimale Lösungen ermöglicht. Ein gemeinsam erar- beiteter Konsens ist der staatli- chen Verwaltung gegenüber zu vertreten und mit dieser abzustim- men. Eine Universität muß mehr sein als ein Dienstleistungsunter- nehmen. Gelingt es, Freiräume zu schaffen, die zu fruchtbarem Aus- tausch von Ideen, zur Zusammen- fassung von Lehrmeinungen füh- ren, so kann die Universität wie- der Beiträge für die Gesellschaft leisten, die über eine reine Dis- kussion von Studenten- und Ab- solventenzahlen hinausreichen.

#### Studium und Lehre:

Einer Reform des Universitätsstu- diums muß eine inhaltliche Dis- kussion vorangehen. Ein Oktroyieren verbindlicher Regelstudien- zeiten (Eckwertepapier der Mini- sterpräsidenten) berücksichtigt nicht die Unterschiede zwischen einzelnen Fächern. Hier ist zu- nächst die Autonomie der Fachbe- reiche gefordert, realisierbare Stu- dienangebote sind auszuarbeiten und ihre Ausführung zu gewähr- leisten. Studienzeitverkürzung ist kein Wert an sich, ebensowenig wie lange Studienzeiten bereits für „Wissenschaft“ stehen. Nicht bürokratische Regeln, sondern po- sitive Anreize für zügiges Studieren sind gefragt. Reformen sind hier nur im Zusammenwirken von Universität und Staat zu errei- chen. In Deutschland werden Kin- der und Jugendliche — verglichen mit anderen Ländern — spät ein- geschult und legen noch später das Abitur ab. Resultat: Wir neh- men den Spitzenplatz beim Alter der Studienanfänger und -abgän- ger ein, ein Problem, das nicht isoliert von der Universität allein gelöst werden kann. Da das Abi- tur nur begrenzt auf das Studium aller Fächer vorbereitet, kommt einer gezielten Beratung von Stu- diananfängern erhebliche Bedeu- tung zu. Die Universitäten sind zweifellos besser zur Auswahl von Studienanfängern (einschließ- lich Eingangsprüfungen) geeignet als eine Behörde (ZVS). Im Kon- sens mit allen Beteiligten sollten reformierte Studiengänge eine Ausbildung in vier bis sechs Jah- ren (je nach Fach) sicherstellen. Universitäten sind nicht Teil einer

Sozialpolitik (Wartehallen für Un- entschlossene). Frühe Einbezie- hung der Studenten in die For- schung ist anzustreben. Das be- deutet Vertiefungspraktika in ein- zeln Arbeitsgruppen für Natur- wissenschaftler, Zusammenarbeit in übersichtlichen Seminaren für Geisteswissenschaftler, Einbezie- hung in den Klinikbetrieb bei den Medizinern.

#### Nachwuchsförderung:

Neben dem Angebot einer qualifi- zierten Berufsausbildung in Diplom-, Magister- und Staats- examenstudiengängen hat die Universität die Aufgabe, jungen Leuten Mut zur eigenen wissen- schaftlichen Forschung (Promo- tion) zu machen. Graduiertenkol- legs und Einzelpromotionen ha- ben beide ihre Berechtigung. Aus- landsstudien sind zu fördern und entsprechende Studienleistungen unbürokratisch anzuerkennen. Be- sonders wichtig sind Qualifika- tionsstellen für Postgraduierte. Eine weitere zusätzliche Quali- fikation nach der Promotion ist er- forderlich. Ob dies durch eine Ha- bilitation oder eine berufliche Tä- tigkeit erfüllt wird, ist fachspezi- fisch und sollte nicht generalisiert werden. Stellen in diesem Bereich zu kürzen, weil hier die größte Fluktuation ist, ist verantwort- los. Gleiches gilt für Stellen- sperren. Zur Verbesserung der Berufschancen von Frauen sind praktische Hilfen (Kindertages- stätten) genauso wichtig wie staatlich-bürokratische Regelun- gen.

#### Forschung:

Die Möglichkeiten universitärer Forschung sind im internationalen Maßstab noch gut. Die Kürzung der Bundesmittel nach dem Hoch- schulbauförderungsgesetz ist aber kurzfristig und beschwört verhee- rende Folgen für die Funktionsfä- higkeit der Universitäten in naher Zukunft herauf. Gleiches gilt für die Bibliotheken. Keine Daten- bank kann ein Buch vollgültig er- setzen. Die Zukunft der Universi- täten ist eine Gemeinschaftsaufgabe und kein Kleingeld in der Mit- telverteilung zwischen Bund und Ländern. Die Universitäten müs- sen hier gemeinsam mit den Län- dern die Verbesserung der Hoch- schulbauförderung durch den

Bund erreichen. Ebenso ist der Anteil der Hochschulforschung an den Mitteln des BMFT gering. Trotz der gegenwärtig starken Be- tonung angewandter Forschung bleibt die Grundlagenforschung das zentrale Anliegen der Univer- sität. Die Einwerbung von Dritt- mitteln ist zu honorieren (Bonus- system), ebenso hat die Univer- sität Sonderforschungsbereiche zu unterstützen. Gleiches gilt für in- ternationale Forschungscoopera- tionen.

#### Verwaltung:

Eine leistungsbezogene Ressour- cenverteilung wird als Grundlage einer zukunftsweisenden Univer- sitätsentwicklung angestrebt. Vor- aussetzung dafür ist ein Global- haushalt, der der Universität die Verwendung der Mittel in eigener Autonomie gestattet (keine vorge- schriebenen Titelgruppen, Über- tragung in folgende Haushaltsjah- re). Die Leistungsbewertung hat Forschung (Drittmittelbonus) und Lehre (Kriterien sind zu entwik- keln) einzubeziehen. Entscheidungen über Beförderungen und Stel- lenbesetzungen innerhalb der Hochschule (BAT- und A-Be- reich) werden auf die Hochschule übertragen. Kritische Prüfung freierwerdender Stellen in Abspra- che mit den Fachbereichen. Nicht alle Bereiche der Universität sind überlastet. Nicht alle Fächer müs- sen an allen Universitäten vertre- ten sein.

#### Weiterer Ausbau der Universität:

Vordringlich für den zukünftigen Ausbau der Universität ist ein Ge- bäude für die Geisteswissenschaf- ten an der Gräffstraße. Bei weite- ren Bauvorhaben in Niederursel (Geowissenschaften) ist die ver- kehrstechnische, aber auch die allgemeine Verbindung mit der Stadt zu gewährleisten. Die Uni- versität ist kein Elfenbeinturm, sondern Teil von Stadt, Staat und Gesellschaft. Meine Bewerbung ist ein Angebot an den Konvent, die festgefahrene Konfrontation zwischen Naturwissenschaften/ Medizin (Koalition) und Jura/ Wirtschaft (Opposition), die ande- re Bereiche (Geisteswissenschaf- ten) wenig berücksichtigt, zu überwinden.

Hartmut Fueß

### Prof. Dr. Werner Meißner

wurde am 24. 4. 1937 in Velbert, Rheinland, geboren. Nach Wirt- schaftsbachelor und kaufmännischer Lehre studierte er in Köln die Fä- cher Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Ökono- metrie. 1964 legte er an der FU Berlin die Promotion ab. Nach Auslandsaufenthalten in Stanford, CA (USA) und Uppsala (Schwe- den) und Tätigkeiten beim Deut- schen Institut für Wirtschaftsfors- chung, Berlin, der OECD, Paris, und der UNO, Genf, wurde er wissenschaftlicher Assistent an der TH Darmstadt, wo er sich 1969 für die Fächer Volkswirt- schaftslehre und Ökonometrie ha- bilitierte. Seit 1970 ist er Profes- sor für wirtschaftliche Staatswis- senschaften an der Universität Frankfurt. Aufenthalte als Gast- professor haben ihn an die Uni- versitäten Stockholm, Göteborg, Wien und Toronto geführt. Seit Januar 1992 ist er wissenschaft- licher Leiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbun- des (WSI) in Düsseldorf. Prof. Meißner war in der Amtspe- riode 1976/77 Dekan des Fachbe- reichs Wirtschaftswissenschaften, 1972-73 Mitglied des Zentralen Haushaltsausschusses und 1988 des Ständigen Ausschusses für Datenverarbeitung der Univer- sität Frankfurt. Außerdem war er von 1971-86 Mitglied der Se- natskommission für Umweltfragen und 1971-74 Mitglied des Vor- standes der Stiftung Studenten- haus der Universität Frankfurt. Auf nationaler Ebene war er 1980-85 Mitglied des Bewilli- gungsausschusses für Sonderfor- schungsbereiche der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die Präsidentenwahl im Novem- ber 1993 hat nach drei Wahlgän- gen kein positives Ergebnis ge- bracht. Aus unserer Universität gab es dabei nur einen Kandida- ten. Diesmal soll der neue Kon- vent — aus der Frankfurter Uni- versität heraus — eine Alternative haben; so verstehe ich meine Kandidatur. Von vielen Mitglie- dern der Universität bin ich zu dieser Kandidatur ermuntert wor-

10 527 S. 102

Stadt- u. Univ.-Bibl. Frankfurt/Main



## (Meißner...)

den. Ausschlaggebend war aber, daß es mich reizt, Engagement und Erfahrung in den Dienst unserer Universität zu stellen. Bei meiner Arbeit wäre ich folgende Schwerpunkte setzen:

- Hochschulentwicklung
- Studienreform
- Frauenpolitik
- Verwaltung und Management
- Führungsstil

Steigende Studentenzahlen und knappe Mittel kennzeichnen die Situation, in der die Universität vor großen Strukturproblemen steht. Wir müssen versuchen, die Lösungen in der Universität selbst zu finden, sonst werden sie uns von außen vorgegeben. Die Entwicklung unserer Hochschule muß sich an den Bedürfnissen der Fachbereiche orientieren und eine angemessene Ausstattung aller Fächer gewährleisten. Im Baubereich müssen Buchgebäude und Turmsanierung ganz oben stehen. Die Gremienstruktur — durch das Hessische Universitätsgesetz vorgegeben — paßt nicht mehr an allen Stellen und kann die Entfaltung der Universität behindern. Es genügt nicht, über eine umfassende Reform des hessischen Hochschulrechts nachzudenken. Es gilt auch, jetzt schon die mögliche Flexibilität innerhalb der vorgegebenen Strukturen auszuschöpfen.

Bei der Studienreform kommt es darauf an, Prüfungs- und Studienordnungen zu schaffen, die ein fristgemäßes Studium ermöglichen. Regelstudienzeiten, die ja auch den Inhalt des Studiums reglementieren, helfen nicht weiter. Sie sind abzulehnen, weil sie an der Lebenswirklichkeit vieler Studierender — insbesondere an einer Großstadtuniversität — vorbeigehen. Teilzeit-Berufstätige, kinderziehende Mütter (und Väter) dürfen nicht aus der Universität gedrängt werden.

In der Frauenpolitik gilt es, das Frankfurter Modell — auch im Rahmen des Gleichstellungsgesetzes — zu sichern und auszubauen. Hier erwarte ich, etwa bei der Entwicklung des Frauenförderungsplans, wichtige Impulse von jenen Mitgliedern der Universität, die schon länger auf diesem Gebiet arbeiten.

Management ist ein zentrales Problem der Universität. Das wurde bisher nicht klar genug gesehen, jedenfalls nicht gut genug angegangen. Das Verhältnis von Zentralverwaltung zu den Fachbereichen ist verbesserungsfähig (Empfehlung des Wissenschaftsrates: Stärkung der Fachbereiche, auch bei der Mittel- und Personalverteilung). Dabei verkenne ich nicht die Probleme, die den sog. kleinen Fachbereichen daraus erwachsen, daß sie nicht die nötigen Ressourcen — vor allem Personal — haben, um diese Aufgaben zu bewältigen. Es wäre zu prüfen, ob eine Neustrukturierung der Fachbereiche angebracht ist, auch um die Verwaltungskraft zu stärken.

Ich sehe auch Probleme bei der differenzierten Zuweisung von Landesmitteln: jährlich, titelweise und nicht gegenseitig deckungsfähig. Die zentralen Gremien der Universität sind gegenwärtig kaum in der Lage, größere Umstrukturierungen vorzunehmen. Eine stärkere Globalisierung der Haushaltszuweisungen böte diesen Handlungsspielraum. Dabei verkenne ich nicht, daß dadurch die Verteilungskämpfe in die Universität verlagert werden könnten. Aber auch innerhalb der bestehenden Regelung kann man flexibler arbeiten. Es gibt jetzt bereits Beispiele an Fachbereichen, wie etwa der Jahreszeitraum bei der Mittelzuweisung überspielt werden kann.

Der Führungsstil an unserer Universität sollte sich ändern. Mir

scheint, daß hier eine bemerkenswerte Zentralisierung stattgefunden hat. Sicherlich gibt das Gesetz dem Präsidenten eine starke Stellung, die er oder sie nutzen soll. Für mich sind Führung und Delegation aber keine Gegensätze. Ich möchte den Vizepräsidenten/die Vizepräsidentin (oder die Vizepräsidenten) und den Kanzler in ein kollegiales Leitungsteam einbinden. Dabei muß es klare Zuteilungen der Verantwortlichkeiten geben. Für mich ist es selbstverständlich, daß im Amte des Vizepräsidenten die Naturwissenschaften/Medizin vertreten sein müssen. Ich würde mich freuen, wenn ich für die Arbeit in dieser Führungsgruppe auch bei meinen Kolleginnen Interesse wecken könnte. Schließlich würde ich bei meiner Arbeit das Gespräch mit den verschiedenen Gruppen in unserer Universität suchen. Es bliebe zu überlegen, ob und wie man dieser Beratung eine bestimmte Form geben könnte.

Werner Meißner

## Prof. Dr. rer. nat. Klaus Ring

wurde am 25. 2. 1934 in Köln geboren. Er studierte von 1953 bis 1959 an den Universitäten Göttingen, Frankfurt und Kiel das Fach Mikrobiologie. Nach einer Volontärassistenten am Bakteriologischen Institut der Bundesanstalt für Milchwirtschaft promovierte er an der Universität Kiel. Nach seinem Wechsel nach Frankfurt habilitierte er sich 1968 an der medizinischen Fakultät für das Fach „Allgemeine Physiologische Chemie“ über den aktiven Transport neutraler Aminosäuren bei *Streptomyces hydrogenans* und seine Regulation. Nach Positionen als Oberassistent und Professor (H2) wurde er 1971 zum Professor (H3) ernannt. Ausweislich verschiedener Forschungsaufenthalte u. a. in Kingston-upon-Hull (UK) und Utrecht (NL) sowie zahlreicher Mitgliedschaften in internationalen Gremien pflegt Prof. Ring rege internationale Kontakte. Im Fachbereich Humanmedizin war er von 1979 bis 1986 Prodekan für den Bereich „Theoretische Medizin und Forschung“ und gleichzeitig Mitglied im Vorstand des Universitäts-Klinikums. Im Januar 1986 wurde Prof. Ring vom Konvent zum Präsidenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität gewählt. Seine Amtszeit endete am 4. April 1994. Seit 1988 ist er Vizepräsident der Hochschul-Rektoren-Konferenz (HRK), zunächst für den Bereich „Planung und Organisation“, seit 1992 für „Internationale Verbindungen“. Er ist Mitglied des Präsidiums des Comité de Liaison in Brüssel, dem Verbindungsausschuß zwischen der EG-Kommission und den Hochschulen der EG-Mitgliedstaaten, und Gutachter für den DAAD. 1988–92 gehörte er dem Ausbausschuß des Wissenschaftsrates an.

Die Universität steht vor einer Reihe weitreichender Entscheidungen, die vor allem aufgrund der finanziellen Entwicklungen in Bund und Länder akut geworden sind. Obwohl sie insofern keinen unmittelbaren Bezug zu bildungs- oder wissenschaftspolitischen Grundsatzfragen haben, sind diese Entwicklungen dennoch Auslöser für eine die Universität in ihrem traditionellen Selbstverständnis durchaus in Frage stellende Diskussion geworden. Ich glaube daher, daß die wichtigste hochschulpolitische Arbeit der nächsten Zeit in der Erarbeitung eines Konsenses über die Ziele universitärer Arbeit innerhalb des tertiären

Bereiches geworden ist. Erst im Zusammenhang damit kann die in Gang gekommene, notwendige Diskussion über Studieninhalte, Studiendauern, Abbrecherquoten, Qualifikationen zu Studienbeginn und Studierende, aber auch die Auslastung der Universitäten, sinnvoll zu Ende geführt werden. Dieser Konsens kann in der Hochschule nur unter breiter Beteiligung erreicht werden, und dazu muß ein entsprechendes Forum geschaffen werden.

Die Zieldiskussion kann zwar nicht unbeeinflusst von der inzwischen europaweiten Diskussion zum Thema bleiben. Die Universität muß aber Versuche direkter Einflußnahme staatlicher Instanzen abweisen. Nicht nur die Behandlung dieses Themas in der Öffentlichkeit zeigt, daß die Universität ein höheres Maß an Selbständigkeit gegenüber dem Land erhalten muß. Insbesondere dort, wo die Universität nach ihrem gesetzlichen Auftrag in voller Verantwortung steht und Kompetenz für sich in Anspruch nehmen kann, müssen ihr die notwendigen Voraussetzungen zur Übernahme dieser Verantwortung im Sinne größerer Entscheidungsspielräume zugestanden werden. Nach Erfahrungen mit der jüngsten Praxis des Landes im Umgang mit einzelnen Hochschulen bedeutet dies für mich, auch zum offenen Konflikt mit dem Land bereit zu sein.

Neben Grundsatzfragen dieser Art ist unsere Universität mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert, für die in den kommenden Jahren Lösungen gefunden werden müssen. Ich möchte einige wenige davon nachfolgend hervorheben:

1. Notwendig geworden ist die Entwicklung einer Verwaltungsstruktur, die sich an den Bedürfnissen eines modernen Lehr- und Forschungsbetriebes orientiert. Ziel dieser Reform muß eine deutliche Stärkung der Autonomie der Fachbereiche sein, verbunden mit der Übernahme von Verwaltungskompetenz aus der Zentralverwaltung. Dies erfordert die Schaffung einer entsprechenden Ausstattung mit Verwaltungsstellen in den Fachbereichen, aber auch die Bereitstellung leistungsfähiger DV-Verwaltungssysteme. Die Strukturvorstellungen von Wissenschaftsministerium und Landesrechnungshof laufen derzeit allerdings in die entgegengesetzte Richtung im Sinne einer weiteren Zentralisierung.

2. Die Entwicklung unserer Universität in Lehre, Forschung und Studium wird nur dann weiterhin positiv sein, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen verbessert werden. Unmittelbar damit verbunden sind dringend notwendige Verbesserungen der Arbeitsplatzqualitäten auch für das „nichtwissenschaftliche Personal“. Die Arbeit der Universität wird nach wie vor durch räumliche Enge, schlechte Raumqualität und -Konzeption, weite Distanzen zwischen zusammengehörenden Einheiten, schließlich betriebliche Unwirtschaftlichkeit behindert. Nach vieljähriger Stagnation konnten in letzter Zeit neue Gebäude errichtet werden. Die Inbetriebnahme des Biozentrums war der „strategische Durchbruch“ für die Weiterentwicklung des Standortes Niederursel, die Freigabe der Planung für den Gebäudekomplex für die Fachbereiche 8–10 der Durchbruch für den Kernbereich und damit die Geisteswissenschaften.

Von den baulichen Entwicklungsmöglichkeiten müssen Natur- und Geisteswissenschaften gleichermaßen profitieren. Klinikum und Sportuni sind einzubeziehen. Derzeit sind nahezu alle für die nächsten Jahre vorgesehenen Bauvorhaben in der Vorbereitungsphase. Sofern erforderlich, liegen die Voten des Wissenschaftsrates

vor; die Verhandlungen mit Land und Stadt sind zum Teil weit gediehen. Sie werden flankiert von Gesprächen auf politischer Ebene, denn häufig liefern erst politische Prioritätensetzungen die notwendige Entscheidungsbegründung. Diese Bemühungen müssen ohne jeden Zeitverzug fortgeführt werden. Jedes Bauvorhaben der vergangenen Jahre war stets gefährdet und wird es in Zukunft immer wieder sein.

Ausbau und räumliche Konsolidierung bedeuten aber nicht nur Schaffung moderner Gebäude und Arbeitsplätze sowie eine — sonst nicht erreichbare — Verbesserung der Grundausstattung, sondern sie bieten die Chance, neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und verbesserter Kommunikation untereinander zu entwickeln. Eine der Voraussetzungen hierfür ist eine entsprechende architektonische Konzeption, eine weitere die rechtzeitige Einbeziehung der künftigen Nutzer in die Planung.

3. Zur Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten gehört der notwendige weitere Ausbau der gesamten universitären DV-Versorgung. Nachdem alle rechenintensiven Teilstandorte der Universität vor gut einem Jahr über ein hochmodernes Datengrundnetz miteinander verbunden wurden und nach außen einen Anschluß über WIN erhielten, ist in den kommenden Jahren die Vernetzung zu verfeinern. Anzustreben ist, möglichst vollständig auch die wissenschaftlichen und studentischen Arbeitsplätze in die Vernetzung einzubeziehen.

Obwohl in den vergangenen Jahren auch die Rechenkapazität erheblich ausgeweitet wurde, ist die Bereitstellung weiterer Kapazität auf dem Wege, ein konzeptionelles wie finanzielles Dauerthema zu werden. Die Universität wird den Ausbau im Rahmen des finanziell Machbaren mit allem Nachdruck weiter betreiben müssen. Insofern besteht für mich Gleichrangigkeit mit dem weiterhin notwendigen Ausbau und der Konsolidierung unserer Bibliotheken.

Die Entscheidungen zur Entwicklung der DV-Konzeption wurden wesentlich durch zwei (Fach-)Kommissionen in Zusammenarbeit mit dem HRZ vorbereitet. Dieses System der Entscheidungsvorbereitung hat sich bewährt und sollte beibehalten werden. Ein ähnlicher Weg wurde hinsichtlich der anstehenden Entscheidungen über die künftige Aufgabenstellung des HRZ beschritten. Hierfür wurde ein den Präsidenten beratender Beirat geschaffen, dem DV-Experten aus verschiedenen Fachbereichen angehören.

4. Besondere Pflichten hat die Universität hinsichtlich der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses wahrzunehmen. Auch wenn dies vorwiegend eine Angelegenheit der Fachbereiche ist, halte ich zentrale Maßnahmen zur Unterstützung dieser Aufgaben für sinnvoll. So wäre zu prüfen, wieweit Promovierende durch Entlastung von sachfremder Tätigkeit ihre Arbeit an der Dissertation konzentrieren und damit zu einem schnelleren Abschluß bringen können. Die Fachbereiche sollten angehalten werden, in regelmäßigen Abständen über den Stand der Promotionsverfahren zu berichten. Zur Förderung von Habilitationen sollte ein zentraler Pool von Qualifikationsstellen geschaffen werden, welche befristet den Fachbereichen zur Verfügung stehen sollten. Darüber hinaus wäre zu prüfen, ob die Freundesvereinigung der Universität nicht bereit wäre, in Analogie zu ihrem — bewährten — Reisefonds zur Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses auch Mittel zur befristeten Förderung einzelner Habilitationsprojekte einzurichten.

5. Nicht nur aus Gründen der Gesetzeslage sollte die Förderung der Frauen in allen Tätigkeitsbereichen in der Universität als besondere Aufgabe verstanden werden. Die Erstellung der durch die hessische Gesetzgebung geforderten Frauenförderpläne ist auf den Weg gebracht. Ihrer Umsetzung ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

6. Eine wichtige Aufgabe des Frankfurter Universitätspräsidenten besteht in der Vertretung der Universität und ihrer Interessen nach außen: gegenüber Stadt, Land, Bund, den verschiedenen politischen Parteien sowie den nationalen und europäischen Wissenschaftsorganisationen. Diese Aufgabe ist nicht losgelöst von der Tätigkeit „nach innen“ zu sehen, sondern sie ist eine der Voraussetzungen für erfolgreiche Arbeit. Ich habe mich bemüht, unter Wahrung politischer Neutralität, auch dieser Aufgabe gerecht zu werden. Unserer Universität stehen heute vielfältige Verbindungen nach außen zur Verfügung, die bedarfsweise und zum Vorteil der Universität genutzt werden können.

Ich glaube, daß in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung unserer Universität Kontinuität und Erfahrung in der Leitung Vorteile bieten. Dies ist der Grund für meine erneute Bewerbung.

Klaus Ring

## Dr. phil. Karl- Friedrich Rittershofer

wurde am 31. März 1952 in Karlsruhe geboren. Er studierte in Heidelberg und Darmstadt zahlreiche Teildisziplinen der Geschichtswissenschaften. 1975–79 war er studentisches Mitglied im Fakultätsrat für Orientalistik und Alterswissenschaften der RKU Heidelberg. 1980 promovierte er in Heidelberg zum Thema „Der Hortfund von Bühl und seine Beziehungen“. Seit 1981 ist er wissenschaftlicher Referent bei der Römisch-Germanischen Kommission des Deutschen Archäologischen Instituts, einer Bundeseinrichtung. Er hat dort die Position eines Wissenschaftlichen Oberrates inne. Sein wissenschaftliches Interesse gilt der frühen Metallurgie ab dem 5. Jahrtausend v. Chr. bis hin zum Hochmittelalter in Mitteleuropa. Dr. Rittershofer ist in zahlreichen nationalen und internationalen Gremien und Gesellschaften aktiv tätig; teilweise im Vorstand. Daneben ist er verantwortlich in der Edition, Konzeption und redaktionellen Verarbeitung von Fachpublikationen, vor allem in der Fachzeitschrift „Germania“. Dr. Rittershofer war und ist als Leiter mehrerer wissenschaftlicher Projekte interdisziplinärer Ausrichtungen mit gleichberechtigter Beteiligung naturwissenschaftlicher Fachbereiche unter internationaler Beteiligung tätig. Schließlich war er maßgeblich an der erfolgreichen Integration von Bereichen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR in das Deutsche Archäologische Institut beteiligt.

Forschung und Lehre

Verstärkte „Europäisierung“: intensivere Förderung des Auslandsstudiums mit Einbindung in die einzelnen Fachbereiche; enge Koordination der Auslandsbeziehungen, einhergehend mit Ausbau der Hochschulpartnerschaften, vor allem in Osteuropa, Ostasien und den GUS-Staaten; Förderung und Intensivierung interdisziplinärer Studien in Forschung und Lehre.





# Uni-Report *aktuell*

(Rittershofer...)

Studiensituation und Hochschulreform

Deutliche Akzentuierung der Hochschulreformbestrebungen in Richtung eines klar differenzierten Bildungsangebotes mit starker Wissenschafts-/Forschungsbezogenheit an der Universität; Hinwirken auf Stärkung der Praxis-/Ausbildungsbezogenheit in Fach- und Gesamthochschulen des Landes.

Intensivierung der Kooperation mit der Privatwirtschaft zur Erwirkung anwendungsorientierter Studienziele in den dafür geeigneten technisch-wirtschaftlich-naturwissenschaftlichen Bereichen. Intensivierte Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel der stärkeren Kontaktförderung zu Wirtschaft und Industrie und Einwerbung von Drittmitteln.

Anstreben einer Umorientierung in den Voraussetzungen für den Studienzugang, d. h. im Rahmen der europäischen Integration eine weitere Fremdsprache über Englisch und Französisch hinaus sowie verstärkte Förderung voruniversitärer Datenverarbeitungskenntnisse als Qualifikationssteigerung; Entlastung der Universität in Vermittlung von Allgemeinbildung und Lerntechniken. Einrichtung von praxisorientierten „Volontariaten“ in den angestrebten Berufsbereichen mit Zeugnissen hinsichtlich der Eignung für die beabsichtigten Studiengänge, in enger Absprache mit den zuständigen Gremien von Hochschulen, Ländern und Bund. Beachtung fachspezifischer Qualifikationsmerkmale in der Gestaltung der Regelstudienzeit; intensiviertere Vermittlung von Studienangeboten außerhalb des Geltungsbereiches des HRG. Lockerung der prinzipiellen Studienzeitreduzierung; nur dort engere Regulierung, wo nachweisbar kostenintensive Labor- und Arbeitsplätze zu lange belegt werden.

Konzentration der Studienzeiten in Unterstützung der „Jobstudenten“ durch verstärkte universitätseigene Vermittlung berufs- bzw. studienorientierter Finanzquellen in Richtung auf eine Grundsicherung für die Studierenden.

Verbesserung der studentischen Wohnsituation (Vermehrung kostengünstiger Studentenwohnheime, Aktivierung der Kirchen usw.); Eingabe von universitätseigenem Gelände für Wohnraum der Studenten.

Langfristiges Anstreben einer Angleichung der Zahl der Universitätsabsolventen an den Bedarf des internationalen Arbeitsmarktes durch Entwicklung alternativer Bildungsangebote in praxis- und umweltorientierten Berufsbereichen mit außeruniversitärem Ausbildungsgang.

Infrastruktur

Kompensation verschlechterter Rahmenbedingungen durch Steigerung privaten Engagements im Sinne der Stifteruniversität.

Fortführung des Hochschulentwicklungsplanes im Rahmen des Hochschulgesamtplanes, soweit dies von den wirtschaftlichen Gegebenheiten her möglich ist.

Darüber hinaus — besonders bei weiterem Zurückgehen der bauli-

chen Entwicklungsförderung durch die öffentliche Hand — Einbeziehung privater Baufinanzierung im außermedizinischen Bereich. Baldiger Ausbau des universitären Kerngebiets unter Beteiligung privater Investoren. Reinvestition hieraus freierwerden der Ländermittel in den Fachbereich Humanmedizin, insbesondere Ausbau der medizinischen Zentren.

Intensivierte Förderung ökologieverträglicher Fortbewegung der Universitätsangehörigen innerhalb der Gesamtanlage der Universität im Rahmen einer anzustrebenden engeren Zusammenarbeit mit den kommunalen Behörden.

(Bei allen derartigen Maßnahmen sind ökologieorientierte Kosten-Nutzen-Analysen von unabhängigen Institutionen einzuholen.) Effizienzsteigerung der Universitätsverwaltung durch Strukturverbesserungen. Sukzessive Reform der Verwaltungsstruktur unter Zuhilfenahme privater Wirtschaftsprüfungsunternehmen zur Kostenminimierung.

Gesamtgesellschaftliche Position und Perspektiven

Förderung von Frauen in Führungspositionen.

Intensivierung der aktiven Beteiligung sämtlicher Universitätsgremien an der Gestaltung gesamtgesellschaftlicher Fragen und Förderung der Bereitschaft zu vermehrter Verantwortungsübernahme von Universitätsmitgliedern in Politik, Umweltschutz, sozialen Diensten, Gesundheitsdiensten und internationalen Gremien.

Erarbeitung von Konzeptionsvorschlägen einer Universität Frankfurt im 21. Jahrhundert.

Die Zukunft deutscher Gesellschaftspolitik liegt in den Perspektiven, die sie u. a. von den Universitäten erhält. Statt der Einforderung von Hilfe von außen sollte primär die Bereitschaft zur Selbsthilfe gefördert werden. Wesentlich für die gesellschaftliche Orientierung wird das Reduzieren von Anspruchsdenken an den Universitäten selbst sein, bei denjenigen, die Schlüsselpositionen in der Zukunft besetzen werden. **Karl-Friedrich Rittershofer**

## Carl M. Schulte

wurde am 11. Mai 1953 in Höxter an der Weser geboren. Er studierte an der Universität Paderborn Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt „Erwachsenenbildung und außerschulische Jugendbildung“. Abschluß Diplom-Pädagoge. 1980 wurde er in das Studentenparlament der Universität Paderborn gewählt. An der J. W. Goethe-Universität Frankfurt betreibt er ein Promotionsvorhaben für den Bereich Politikwissenschaften; seit 1992 ist er für ein rechtswissenschaftliches Studium eingeschrieben. Herr Schulte ist seit 1983 als freier Journalist im politischen und touristischen Bereich tätig. Er hat

sich bei verschiedenen ökologischen und friedenspolitischen Aktivitäten betätigt. 1990 hat er den GAIA Frankfurt e.V. gegründet, der sich mit der Förderung und Entwicklung ökologischer Lebensweisen befaßt. Dabei geht es um Fragen aus der Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und der Rechtswissenschaft; Herr Schulte ist Präsident dieses Vereins. Ebenfalls seit 1990 betätigt er sich als freier Politik- und Unternehmensberater mit dem Schwerpunkt „Projektentwicklung und Projektsteuerung von Ökostadt- und Ökosiedlungsprojekten in Industrie- und Entwicklungsländern“. Zur Zeit befaßt er sich als Autor und/oder Herausgeber mit der Vorbereitung verschiedener Buchprojekte zu politischen, rechtlichen, sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Themen.

Die Universität als Bioversität, oder: Rettet die Johann Wolfgang Goethe-Universität!

I) Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie durch ökologische, soziale, technologische und demokratischen Innovation.

Immanent, auf der Basis des cartesianischen „Discours de la méthode“, ist die moderne Wissenschaft nicht zu retten — so daß sich die Wissenschaftler retten sollten, indem sie ihre säkularisierte Priesterrolle aufgeben und integrierte Menschen werden. Das Alternativexpertentum, auf das die Ablösung von dem alten Paradigma in der Regel hinausläuft, bleibt noch im Ökomodernismus stecken — übrigens eine der Hauptquellen für die Rückvernahme der Grünen. Wegen des schon ursprünglich kompensatorischen Charakters der Wissenschaft, die aus dem Verlust des Kontakts, aus der Entfremdung und Abspaltung vom Ganzen hervorgegangen ist und sich auf der Grundlage dieses psychologischen Desasters etabliert hat. Wo sind die Intellektuellen geblieben mit dem Mut zum Wildern in fremden Revieren? Wo sind die Experten, die es wagen, von vertrautem Wissensland abzustoßen an die fremden Gestade von Nachbarwissenschaften oder gar der künstlerischen Museen? Kompetenz und Wissen braucht das Land, aber auch Wissenschaftler, die mit Neugierde und Phantasie ihre Netze in fremden Gewässern auswerfen. Entstaatlichung wird viele ermutigen, neue Wege zu gehen. Michael Daxner setzt sich in einer Art hochschulpolitischer Streitschrift mit dem Thema „Entstaatlichung und Veröffentlichung: die Hochschule als republikanischer Ort“ auseinander. Jürgen Lüthje hat ein komplettes neues Hochschulrahmengesetz entworfen, das „eine neue Hochschulpolitik, ökologisch, demokratisch und sozial“ ermöglichen will. Daxner fordert zu Recht einen „direkten Bezug autonomer Hochschulen zur Öffentlichkeit“.

Der Staat soll nur die Rechtsaufsicht und einige koordinierende Funktionen behalten. Wissenschaft hat nichts mit hoheitlichen Aufgaben zu tun. Daher sollten alle beamtenrechtlichen Restriktionen beseitigt werden. Nur durch eine neue Personalstruktur

könne die soziale Kluft zwischen Beamten auf Lebenszeit und Nachwuchswissenschaftlern, deren Talente oft verschwendet würden, aufgehoben werden. Darüber hinaus bieten sich an: Gehaltszuschüsse für Firmen, die zusätzliche Nachwuchskräfte einstellen (gebunden an Forschung und Entwicklung); „Postdoc-Stipendien“ mit einem Übergangsjahr in der industriellen Praxis im In- oder Ausland; Halbzeit-Tätigkeit in Wissenschaft und Wirtschaft; Schaffung von Teaching-Companies; befristete Arbeitsverhältnisse, die bei Bewährung in die Weiterbeschäftigung führen.

Egon Becker hat in „Ist die technisch-wissenschaftliche Zukunft demokratisch beherrschbar? Bedenkenswertes zur „Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie in der ökologischen Krise“ ausgeführt. Gleiches gilt für Karl Otto Hondrichs SPIEGEL-Beitrag (6/94) „Totenglocke im Elfenbeinturm“. Darin stellt er zutreffend fest: „Den deutschen Eliten fehlt der orientierende Rückhalt einer Universitätsgemeinschaft“.

II) Ausbau der JWGU als ökologische Stadt der Zukunft, als Öko-Campus

Das von der Landesregierung geplante Wissenschaftszentrum für sozialökologische Zukunftsforschung soll nach meiner Auffassung im Zuge des weiteren Ausbaus am Niederurseler Hang entstehen, schon weil JWGU und Wissenschaftszentrum durch nachbarliche Zusammenarbeit sich gegenseitig befruchten können. Der Ausbau am Niederurseler Hang und auch im Kerngebiet müssen von der Architektur her konsequent ökologisch gestaltet werden. Gefragt ist ein überzeugendes integriertes Gesamtkonzept, wie es bereits vor einiger Zeit von mir vorgelegt wurde und inzwischen dem Bundestag, dem Landtag, der Stadt Frankfurt und dem RP in Darmstadt (PROPS) als Eingabe vorliegt. Erfolgreiche Gespräche konnten von mir u. a. mit dem hessischen Finanzministerium, dem Wissenschaftsministerium und potentiellen Investoren (Private-Public-Partnerschaft) geführt werden. Die Integration von Wohnen, Arbeiten, Forschen und Freizeit sowie die Einbeziehung des Öko-Zoos und des Botanischen Gartens stehen im Mittelpunkt der Überlegungen. Im kommenden Herbst wird auf meine Anregung hin vom Institute for International Research zum Jubiläum der Stadt Frankfurt ein internationaler Kongreß stattfinden, der Planer, Architekten, Politiker, Investoren... versammelt, um über ökologische Multifunktionsstädte in Industrie- und Entwicklungsländern zu beraten.

Durch die Integration der verschiedenen Lebensbereiche entsteht ein Öko-Campus. Hier kann universitäre Gemeinschaft geschehen, auf der Grundlage sozialer und ökologischer Lebenspraxis. Innovation geschieht und ein politischer Wille bildet sich erst, wenn Menschen von etwas bewegt sind, und zwar nicht primär nur von ihren Interessen, sondern in ihren Herzen. Dieser Mitwahrnehmung des Herzens bedarf es,

um in der Verschränkung eines neuen Merkmals mit einem neuen Wirken der Wiederbelebung der Sinne und einem neuen Denken Raum zu geben. Sie entsteht, wo wir nicht nur lesen, sondern selbst empfinden, was wir tun und erleben, daß wir es sind, die es tun. Solange diese Bewegung nicht zugelassen oder verdrängt wird, hat Umweltpolitik und Ökowijsenschaft, die nun eigentlich Mitweltwissenschaft werden sollte, keine Chance.

Die Unipartnerschaften sollen eine klare ökologische Orientierung bekommen. Eine Zusammenarbeit mit der Privatuniversität Herdecke, der United Nations University und dem Europäischen Hochschulinstitut wird angeregt. Ebenso mit dem Rocky Mountain Institute, der Windstar-Foundation des John Denver. Kommunikation, Kompetenz, Kreativität und Kultur sind die entscheidenden Qualifikationen für die Zukunft. Meine Präsidentschaft wird diesen Perspektiven Raum geben und gemeinsam mit allen Beteiligten entschlossen die notwendigen Innovationen auf den Weg bringen, möglichst bald umsetzen.

Weitere Einzelheiten werde ich anlässlich des öffentlichen Kandidaten-Hearings mitteilen. Auf dieses öffentliche Gespräch freue ich mich — im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung unserer JWGU.

„Alles in der Welt kommt auf einen gescheiterten Einfall und einen festen Entschluß an.“ GOETHE  
„Gib mir Honig.“ BEUYS  
„Mehr Liebe!“  
ELKE HEIDENREICH

C. Schulte

## Prof. Dr.-Ing. Hermann Seeger

wurde am 16. 9. 1933 in Westerstede, Kreis Ammenland, Niedersachsen, geboren. Nach einem Studium des Vermessungswesens an der Universität Hannover und mehrjähriger Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent an der TH Hannover trat er 1964 als Referendar in die Laufbahn des Vermessungsdienstes ein, den er 1978 als Leitender Regierungsvermessungsdirektor zunächst beendete, um einen Ruf auf eine C4-Professur für Geodäsie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn zu übernehmen. Dies war verbunden mit der Ernennung zum Direktor des Geodätischen Instituts dieser Universität. Während dreier akademischer Jahre (1983–86) war er Mitglied des Senats der Universität Bonn. Während seiner zweijährigen Amtszeit als Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät engagierte er sich für den Aufbau von Studieneinrichtungen zur umweltfreundlichen Landwirtschaft und zur Lebensmitteltechnologie. 1978 wurde er zum Direktor und



(Seeger...)

1990 zum Präsidenten und Professor des Instituts für Angewandte Geodäsie in Frankfurt am Main, der Bundesforschungsanstalt für Geodäsie, Photogrammetrie und Kartographie im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern, berufen. Das Institut betreibt Außenstellen in Berlin, Leipzig, Potsdam und Wetzell (Bayerischer Wald). Die wissenschaftlichen Interessen von Prof. Seeger liegen vornehmlich auf den Gebieten der Very-Long-Baseline Interferometrie (VLBI), der geodätischen Nutzung des Global-Positioning Systems (GPS) und der elektronischen Präzisions-Distanzmessungen. Er gehört zahlreichen nationalen und internationalen Komitees seines Fachgebietes an.

Aus einer Vielfalt an Problembereichen, mit denen sich heute jede Universität auseinanderzusetzen hat, seien zwei in den Vordergrund gerückt:

Zu den Schwerpunkten der Hochschulpolitik werden in den kommenden fünf Jahren sicherlich die aus dem politischen Raum initiierten und vielfach angelaufenen Überlegungen zur Thematik Studienzeitverkürzung/Verbesserung der Lehre gehören. Beide Komplexe bieten vielfach Konfliktstoff nicht nur zwischen der jeweils zuständigen Regierung und den Universitäten, sondern auch zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb einer jeden Universität. Für die Universitätsleitung erwachsen hieraus vielfältige Anforderungen, zumal es tatsächlich darum gehen muß,

— das Lehrangebot effektiver zu gestalten und  
— die Verweildauer der Studierenden an den Universitäten abzusenken.

Ob sich derartige Zielsetzungen durch eine Erhöhung des Lehrdeputats pro Professor oder aber durch die Einführung von Kurzstudiengängen zweckmäßig, d. h. im tatsächlichen Interesse der Universitätsabsolventen, lösen lassen, mag zumindest bezweifelt werden. Von viel größerer Bedeutung sein werden

— die dringend gebotene Wiederherstellung der Studierfähigkeit der Abiturienten und

— die zur Verkürzung der Studienzeiten genau so wichtige Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur unserer Universitäten (einschließlich der Geräteausstattung im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie der heute überall unabdingbar er-

forderlichen EDV-Versorgung). Ein zweiter Themenbereich, der mir am Herzen liegt, ist die bessere Einbindung der Frankfurter Universität in ihren Lebensraum, d. h. es gilt die unabdingbar erforderlichen bilateralen Beziehungen zwischen der Stadtverwaltung, den Bundes- und Landesbehörden im Großraum Frankfurt sowie der privaten Wirtschaft wiederzubeleben und auszubauen. Ohne einen vielfältigen Technologietransfer in beiden Richtungen muß eine Universität erstarren. Notwendig jedoch ist eine permanente gegenseitige Befruchtung; denn allein daraus resultiert das erforderliche hohe Maß an gegenseitiger Erneuerung, das eine Universität jung und lebendig bleiben läßt.

Hermann Seeger

### Prof. Dr. rer. nat. Mary-Paz Weißhaar

wurde am 3. Dezember 1954 in La Felguera, Spanien, geboren. Nach Schulzeit in Spanien und Frankreich hat sie von 1974 bis 1977 an der Universität „Pitié Salpêtrière“, Paris VI, Medizin und Logopädie studiert. Von 1978 bis 1981 studierte sie in Göttingen Biologie mit Abschlußdiplom. Ihre Promotion befaßte sich mit Fragen der klassischen Genetik und Molekulargenetik und trägt den Titel: „Transposonmutagenese und Klonierung der 3-Chlorbenzoat degradativen Gene“. Nach einem viermonatigen Forschungsaufenthalt in Genf und Chicago mit einem DFG-Stipendium, Postdoc-Stipendium und anschließender Position als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin in Göttingen und der Universität Bayreuth, Abteilung Biochemie, wurde sie Ende 1989 zur Professorin im Fachbereich Verfahrenstechnik im Fachgebiet Mikrobiologie und Biochemie der FH Rheinland-Pfalz, Abteilung Bingen, ernannt. Gleichzeitig übernahm sie das Amt der Frauenbeauftragten an der Abteilung Bingen, seit Ende 1991 ist sie die Frauenbeauftragte der FH Rheinland-Pfalz.

Seit Juni 1992 übt sie das Amt der Vizepräsidentin der Fachhochschule aus. Im Rahmen dieses Amtes ist sie zuständig für Lehre und Studienreform, Bauangelegenheiten, Studienkolleg, Telekommunikationszentrum, Forschungskoope-  
ration mit ausländi-

schen Hochschulinstitutionen, Frauenangelegenheiten, Dokumentation und Statistiken sowie die Gleichwertigkeitsproblematik bei Kontakten mit ausländischen Hochschulen. Neben diesen Funktionen übt sie weiterhin, mit reduziertem Deputat, ihre Lehrtätigkeit aus.

Universitäre Leitungsqualität bedeutet, auf heterogene, oft sogar widersprüchliche Leitungsanforderungen zu reagieren und dafür optimale Umsetzungsmechanismen zu finden. Dies sehe ich im Rahmen einer kooperativen Leitungsstruktur innerhalb eines Kollegialorgans realisierbar.

**Folgende hochschulpolitischen Zielsetzungen strebe ich an:** Stärkung der Autonomie der Hochschulen, Erhöhung der Beteiligung von Studierenden, Erhöhung der Beteiligung von Frauen, Stärkung der Frauenförderung, Verbesserung der Studienbedingungen bzw. der Qualität der Lehre.

**Meine Leitlinien sind:** Autonomie und Verantwortung, Transparenz und Partizipation, Durchlässigkeit des Hochschulsystems und Deregulierung.

Über die folgenden Reformen und Zielsetzungen möchte ich an der Uni Frankfurt eine Diskussion eröffnen:

#### 1. Haushalt

- Reform der Finanzstruktur der Universität im Sinne globaler Vorgaben,
- Deregulierung des für die Hochschulen geltenden Haushaltsrechts, gegenseitige deklungsfähige Haushaltsansätze,
- Verbesserung der Nutzung räumlicher Ressourcen,
- Verbesserung der räumlichen Ausstattung der Uni, Erarbeitung von Vorschlägen für neue Finanzierungsformen im Hochschulbau (Privatfinanzierung, Leasing etc.),
- Schaffung von Stellenpools und nicht stellenplangebundener Mittel.

#### 2. Effektivierung der Gremien

- Einrichtung eines Schlichtungsausschusses,
- Verlängerung der Amtszeit der studentischen Mitglieder in Gremien auf zwei Jahre und Bestellung von Vertretern mit Stimmrecht,
- Mitwirkung der Studierenden in Leitungsgremien als beratende Mitglieder,
- Bestellung einer Vizepräsidentin für Frauenfragen,
- Einrichtung eines Referates für studentische Angelegenheiten,
- Verlängerung der Amtszeit der Vizepräsidentin auf vier Jahre.

#### 3. Lehre

Die Uni Frankfurt mit über 37 000 Studierenden ist von den Problemen der Massenuniversität betroffen. Folgende Maßnahmen sollen neben einer grundsätzlichen Studienreform eingeleitet werden:

- Verbesserung der Betreuung der Studienanfänger durch Orientierungseinheiten,
- Stärkung der Studienberatung,
- Freischußmöglichkeiten in Zwischen- und Abschlußprüfungen,
- Evaluierung und Beurteilung von Lehrveranstaltungen und Studiengängen,
- Lehrberichte durch die Fachbereiche/Hochschule alle zwei Jahre,
- Leistungsorientierte Verteilung globaler Haushaltsmittel,
- Etablierung von Weiterbildungsangeboten in der Didaktik, Lehrverhaltenstrainingsseminare für Lehrende und Nachwuchswissenschaftler/innen,
- Schaffung eines Anreizsystems für die Beteiligung an dieser Weiterbildung,
- Einrichtung paritätisch besetzter Ausschüsse für die Lehre an den Fachbereichen.

#### 4. Forschung

- Orientierung der internen Mittelzuweisung an evaluierten Ergebnissen in Lehre und Forschung,
- Entwicklung von Maßstäben, Kennzahlen und Evaluationsmethoden in Lehre und Forschung,
- Stärkerer Einbezug der Forschung in die Lehre/Projektarbeiten für Studierende,
- Ausbau der Interdisziplinarität von Lehre und Forschung durch Aufnahme der Thematiken: Technologiefolgenabschätzung, ethische Verantwortung, Frauenforschung,
- Einrichtung autonomer und interdisziplinärer Forschungskollegs, die sowohl naturwissenschaftliche als auch geisteswissenschaftliche und Frauenforschungsbereiche einschließen.

#### 5. Stärkung der Fachbereiche

Die Fachbereiche sollten in erster Instanz nach selbstbestimmten Kriterien die Kontrolle über die Qualität der Lehre und der Forschungsleistung ausüben, nach vorgegebenen Maßstäben gegenüber den zentralen Gremien ihrer Berichtspflicht nachkommen und Frauenförderpläne erlassen. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, müssen die Leitungsstrukturen im Fachbereich verstärkt und professionalisiert werden durch:

— Verlängerung der Amtszeit der Dekane und Dekaninnen auf vier Jahre,

— Erweiterung der Kompetenzen der Dekane und Dekaninnen bei der Ausübung der Kontrollfunktion, der Berichtspflicht und bei der Bewirtschaftung der Fachbereichsmittel,

— Vorschlagsrecht bei der programm- bzw. leistungsorientierten Zuwendung von Sachmitteln und Personalstellen,

— Bessere Ausstattung des Dekans mit professionellem Personal für die erweiterten Selbstverwaltungsaufgaben,

— Entlastung der Dekane und Dekaninnen von den Pflichten der Lehre und Forschung,

— Angemessene Aufwandsentschädigung der Amtsträgerin oder des Amtsträgers sowie Erleichterung der Rückkehr zu wissenschaftlicher Tätigkeit.

Neben meinem Engagement in den o. g. Bereichen will ich mich besonders stark für die Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler einsetzen, beispielsweise durch die Einrichtung attraktiver Zeitprofessuren und Assistenzprofessuren.

#### 6. Persönliche Eignung für das Amt

Durch meine Tätigkeit als Vizepräsidentin der bundesweit größten Fachhochschule kann ich die geforderten Fähigkeiten vorweisen:

- die Fähigkeit, mit dem Verwaltungsapparat umzugehen, ressourcenbezogene Probleme zu lösen, um Hochschulentwicklungsplanung betreiben zu können,
- die Fähigkeit, konfliktäre Interessen und Forderungen unterschiedlicher Hochschulgruppierungen zu beantworten und zu lösen, beispielsweise durch die Übernahme der Rolle der Verhandlungsführerin oder eines Katalysators in Fragen der Lehre, Frauenförderung und Bauangelegenheiten der Hochschule,
- die Fähigkeit, Lehre, Studium und Forschung zu beurteilen und sich als Wissenschaftlerin in der „Scientific community“ zu bewegen,
- die Fähigkeit, die Hochschule nach innen und außen zu repräsentieren, insbesondere durch meine Sprachkenntnisse beim Aufbau von Kontakten mit ausländischen Hochschulen.

Mary-Paz Weißhaar